



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Flisek, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD

Drs. 18/2147, 18/3807

Berichtsantrag Digitales Klassenzimmer: Klartext und Transparenz statt Ausreden für Bayerns Kommunen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich zur Förderung der digitalen Schule Stellung zu nehmen.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wurde den Kommunen ursprünglich ein mehrjähriges bayerisches Förderprogramm in Aussicht gestellt?
- Brechen Kommunen derzeit geplante und laufende Ausschreibungen für die IT-Beschaffung ab? Falls ja, weswegen?
- Können Kommunen derzeit Anträge stellen und falls ja, mit welcher Erfolgsaussicht?
- Wie viele Mittel wurden für das Förderprogramm „Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer“ veranschlagt?
- Sind die im Haushalt 2019/2020 eingestellten Mittel in Höhe von 212,5 Mio. Euro bereits vollständig abgerufen? Welche Überlegungen führten zu dem genannten Haushaltsansatz?
- Ersetzt der Freistaat Bayern die von ihm selbst in den Haushalt 2019/2020 eingestellten Landesmittel durch Bundesmittel?
- Welche Gesamtsumme haben Kommunen bislang bayernweit beantragt?
- Welche Gesamtsumme hat die Regierung verbeschieden?
- Gibt es Anträge, die nicht oder nur teilweise verbeschieden wurden? Falls ja, wie geht die Regierung hiermit um?
- Wird die Finanzierung künftig alleine auf Bundesmittel beschränkt?
- Sind Kosten der Systembetreuung künftig förderfähig? Falls ja, wie? Falls nein, warum zieht sich der Freistaat hier aus der Finanzierung zurück?
- Gibt es einheitliche Standards für das digitale Klassenzimmer?

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident